

Ich bin gleich fertig.

Olaf Scholz ist Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland geworden, obwohl er als Mitglied des Juso-Vorstands intensive Kontakte zu Funktionären der FDJ und der DDR-Führung pflegte.

Das sieht nicht nach Verfolgung und nicht danach, dass hier etwas aufgearbeitet werden muss, aus. Wenn im Einzelfall Unrecht geschehen ist, dann hätte man das damals vor Gericht klären müssen, wie jeder, dem vor Gericht Unrecht geschieht, zu Gericht gehen und Berufung einlegen kann. Das geht aber nicht hier im Landtag, der sich vollkommen hinter diese Leute stellt, die damals radikal unterwegs waren. Wir brauchen keine Hagiografie von Leuten, die damals unseren Staat gefährdet haben. Wir lehnen den Antrag mit Entschiedenheit ab.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Seifen. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Reul das Wort.

Herbert Reul, Minister des Innern: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte dazu beitragen, dass wir wenigstens zum Frühstück zu Hause sind. Deshalb will ich mich kurzfassen und nur zwei, drei Sätze sagen.

Erstens. Es gab damals sicherlich Gründe dafür, warum ein solcher Erlass von den Ministerpräsidenten der großen Parteien und vom Bundeskanzler Willy Brandt vorgetragen und beschlossen wurde. Das waren also ernste Sorgen und Probleme.

Zweitens. In den konkreten Anwendungen gibt es unstreitig Probleme und Fehlentscheidungen. Insofern ist es notwendig, sich das genau anzusehen.

Drittens. Ich glaube, es will keiner, dass Extremisten, unabhängig davon, ob rechts oder links, bei uns vom Staat finanziert unterwegs sind.

Eine letzte Bemerkung: Es ist kein Zufall, dass ich den Polizistinnen und Polizisten bei ihrer Vereidigung das kleine Grundgesetz gebe, sondern ich will ihnen noch einmal deutlich machen, dass sie eine ganz besondere Aufgabe haben. Sie haben nämlich nicht nur nicht gegen den Staat zu arbeiten, sondern sie haben für den Staat zu arbeiten.

(Beifall von der CDU, der FDP und von Helmut Seifen [AfD])

Wenn sich in der Polizei rechtsextremistisches Gedankengut breit macht, dann kümmere ich mich darum, weil ich glaube, dass diese Menschen nicht in die Polizei gehören.

Das alles zusammen zeigt, wie schwierig die Frage ist und man aufpassen muss, bei dieser Debatte das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Innenminister Reul. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte meinen Beitrag leisten, obwohl mich die Bemerkung zum Frühstück eigentlich zu einer Kommentierung veranlassen würde. Wir sind jetzt am Ende der Aussprache.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Hauptausschuss empfiehlt in Drucksache 17/16874, den Antrag Drucksache 17/15633 abzulehnen. Somit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag und nicht über die Beschlussempfehlung. Ich darf fragen, wer dem Inhalt des Antrags zustimmen möchte. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten von CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Damit stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 17/15633 abgelehnt** wurde.

Ich rufe auf:

24 Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16553

Beschlussempfehlung
des Ausschusses
für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen
Drucksache 17/16955

zweite Lesung

Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, dass die Reden zu diesem Tagesordnungspunkt zu Protokoll gegeben werden sollen (*s. Anlage 3*).

Somit kommen wir unmittelbar zur Abstimmung. Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen empfiehlt in der Beschlussempfehlung Drucksache 17/16955, den Gesetzentwurf Drucksache 17/16553 mit den in seiner Beschlussempfehlung näher bezeichneten Änderungen anzunehmen. Somit kommen wir zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung Drucksache 17/16955 und nicht über den Gesetzentwurf selbst. Ich darf fragen, wer der Beschlussempfehlung zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten von CDU, FDP und SPD. Gegenstimmen? – Bei der Fraktion der AfD. Enthaltungen?

tungen? – Bei den Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen. Damit stelle ich fest, dass der **Gesetzentwurf Drucksache 17/16553 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen** wurde.

Ich rufe auf:

25 Synthetische Kraftstoffe als wichtiger Bestandteil einer klimaneutralen Mobilität

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16908

(Beifall von der CDU)

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der CDU Herrn Abgeordneten Kollegen Franken das Wort.

(Daniel Sieveke [CDU]: 5 Abgeordnete der SPD! – Zuruf von der SPD: Ja, was denn? – Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE])

Björn Franken (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Strombasierte synthetische Kraftstoffe, sogenannte E-Fuels, haben viele Vorteile. Diese Kraftstoffe lassen sich zum Beispiel nicht nur mit erneuerbaren Energien herstellen, sondern sie können auch als Grundstoff in der Industrie und für das Transportwesen einen wichtigen Beitrag zur Klimaneutralität leisten.

Um das ambitionierte Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 zu erreichen, führt kein Weg an alternativen Kraftstoffen vorbei. Gerade im Bereich der individuellen Mobilität ist die Umrüstung der Pkw-Bestandsflotte sowie des ÖPNV deshalb ein wichtiges Vorhaben, denn wir müssen bedenken, dass das individuell genutzte Auto vor allen Dingen in den ländlichen Regionen nach wie vor das wichtigste Verkehrsmittel in Deutschland ist.

Neben den batterieelektrischen E-Mobilen, für die es einer Ladeinfrastruktur bedarf, stellen E-Fuels eine weitere Alternative zur Automobilmobilität von morgen dar. Darüber hinaus gibt es kein alternatives CO₂-Reduktionspotenzial für die vielen Millionen Pkw in der Bestandsflotte von heute.

Der Bund strebt ein ambitioniertes E-Mobilitätsziel an. Bis 2030 will man 15 Millionen Elektrofahrzeuge auf dem Markt haben. Gleichzeitig ist aber die drängende Frage, was wir mit den 30 bis 40 Millionen Verbrennern im Bestand machen. Hier schlummert ein riesiges Klimaschutzpotenzial, das mit E-Fuels behoben werden kann.

Noch sind die E-Fuels nicht marktreif, denn die Wirtschaftlichkeit ist noch nicht gegeben, und es exis-

tieren auch noch keine ausreichenden Kapazitäten. Für einen Markthochlauf braucht es daher technologieoffene Regulierungen.

Weitere Umsetzungsstrategien sowie der dazugehörige rechtliche Rahmen müssen nun ebenfalls von der Bundesregierung definiert werden, denn ohne diesen Regulierungsrahmen und die Schaffung von Fördervoraussetzungen wird eine Markteinführung und eine Marktdurchdringung nicht möglich sein. Dazu gehört sowohl die Anrechenbarkeit von klimaneutralen synthetischen Kraftstoffen bei der europäischen CO₂-Flottenregulierung als auch eine Neugestaltung der Energiebesteuerung, die bisher auf die Besteuerung von fossilen CO₂-Emissionen beschränkt war. Außerdem müssen synthetische Kraftstoffe für den öffentlichen Verkauf in Deutschland erst einmal zugelassen werden.

Mit diesem Antrag verfolgt die NRW-Koalition das Ziel, mit der Weiterentwicklung von synthetischen Kraftstoffen die Transformation des Mobilitätssystems in Nordrhein-Westfalen positiv zu gestalten. Wir werben dafür, sich auf Bundesebene für die Entwicklung eines technologieoffenen Regulierungsrahmens mit den eben genannten Bestimmungen einzusetzen.

Da die Herstellung von synthetischen Kraftstoffen nicht allein von uns gestemmt werden kann, bedarf es deswegen auch einer geeigneten Importstrategie im Sinne der deutschen Projektidee „H2 Global“. Importe sind maßgeblich, da die Effizienz der E-Fuels-Produktion in den sonnen- und windreichen Regionen dieser Welt deutlich höher liegt als im Vergleich zu den deutschen Standorten. Mit globalen Energiepartnerschaften können wir hier zügig einen globalen Markthochlauf organisieren und somit die erforderlichen Mengen über Importe realisieren.

E-Fuels und synthetische Kraftstoffe müssen generell zum festen Bestandteil der Versorgungsstruktur von morgen werden. Daher bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank.

(Zuruf von der FDP: Jawohl! – Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Franken, es ist eine Kurzintervention von Herrn Abgeordneten Loose angemeldet worden.

(Unruhe – Zurufe von der FDP: Unverschämt!)

Sie kam zwar auf den letzten Drücker, aber rechtzeitig, sodass das Signallämpchen nicht angezeigt wurde. Es steht Ihnen frei, vom Rednerpult oder vom Platz zu sprechen.

(Anhaltende Unruhe und Zurufe von der FDP)

Dann hat Herr Abgeordneter Loose 90 Sekunden Zeit für die Kurzintervention.